



## **Dringlichkeitsantrag**

der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN

### **Verhältnis der Judikative zur Exekutive in Schleswig-Holstein**

Die Landesregierung wird aufgefordert, in der 30. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags mündlich über die durch die Presseberichterstattung am 18.02.2015 in den Kieler Nachrichten bekannt gewordenen Abläufe bezüglich einer geplanten „Solidaritätsadresse“ der Präsidenten der Gerichte in Schleswig-Holstein zugunsten der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, Anke Spoorendonk, zu berichten.

Die Landesregierung wird hierbei aufgefordert, insbesondere folgende Fragen zu beantworten:

- Wann hat das Justizministerium über die Planungen zur Veröffentlichung einer Solidaritätsadresse auf welchem Wege Kenntnis erlangt?
- Welche Reaktionen und Hinweise hat es seitens des Justizministeriums oder der Landesregierung hierzu in Richtung der Initiatoren gegeben?
- Wie bewertet die Landesregierung ein derartiges Vorgehen?
- Wurde oder wird die Einleitung von Disziplinarverfahren in diesem Zusammenhang geprüft bzw. wurden solche bereits eingeleitet?

Daniel Günther  
und Fraktion

Wolfgang Kubicki  
und Fraktion

Torge Schmidt  
und Fraktion